

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 6

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 Mk. Für Postbezugs-
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 1. Februar 1931

Verlagsstelle: Berlin G2, Neuen Markt 8-12 IV
Fernruf: Berlin 82, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Noch kein Abschluß unserer Lohnverhandlungen.

Die Verhandlungen mit dem „Apl“ bis zum 4. Februar ausgesetzt, die mit dem VDB bis zum 6. Februar unterbrochen. — Die Verhandlungen mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten ergebnislos!

Durch unsere eingehende Berichterstattung in Nr. 4 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir unsere Mitglieder über den Stand der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen („Apl“) und mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer (VDB) unterrichtet. Die Verhandlungen mit beiden Gruppen waren ergebnislos verlaufen, so daß das Reichsarbeitsministerium um Mithilfe bei der Schlichtung dieser Lohnstreitigkeiten ersucht werden mußte. Im Verlauf der Vorwoche ist unter dem Vorsitz eines Unparteiischen für beide Gruppen weiter verhandelt worden.

Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen („Apl“) gingen voraus, sie begannen am 21. Januar. Der Ernst der Situation zeigt sich wohl am besten darin, daß diesmal zwei volle Tage notwendig waren, um zu einem vorläufigen Ergebnis zu kommen, nach dem die Verhandlungen bis zum 4. Februar ausgesetzt wurden. An diesem Tage sollen sie unter der Leitung des vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schlichters wieder aufgenommen werden. Auch darin konnte der Ernst der Situation erkannt werden, daß sie mit einer Schärfe geführt wurden, die alles bereits Dagewesene weit überbot. Die Ursache hierfür lag nicht zuletzt an der Nervosität der Unternehmervertreter, vor allem an der ihres Sprechers, dem während seiner Ausführungen, mehr als gut sein konnte, der Gaul durchging. Damit brachte er eine Atmosphäre in den Verhandlungsraum, die dem Gang der Verhandlungen nach jeder Seite hin abträglich sein mußte. Mangelnde Argumente sind eben nicht durch größeren Aufwand an Lungenkraft zu ersetzen, auch nicht durch unmotivierte Ausfälle gegen die Vertreter der Gegenseite. Am Verhandlungstisch sitzen die Vertreter zweier gleichberechtigter Parteien, die auch das selbstverständliche Recht haben, die Interessen ihrer Auftraggeber in der ihnen zweckmäßig erscheinenden Weise zu vertreten. Davon werden sich die Vertreter unserer Kollegenschaft weder durch laute, noch durch grobe Worte abbringen lassen, eine Tatsache, die die Vertreter der Unternehmer in der Zwischenzeit wohl erkannt haben werden.

Die Nervosität der Unternehmervertreter hatte zwei Ursachen. Einmal war es das Bestreben unserer Vertreter, erst dann zu einem Abschluß zu kommen, wenn für den Buchdruck eine klare Bahn geschaffen ist. Die enge Verbundenheit der Buchbinderei mit dem Druckgewerbe und der Umstand, daß die Löhne unserer Kollegenschaft zu einem erheblichen Teil unter denen der Buchdrucker rangieren, zwingen zu dieser Haltung. Für uns würde es ein unerträglicher Zustand sein, wenn der Lohn unserer Kollegenschaft noch weiter von dem der Buchdrucker abgedrängt würde. Unsere Mitglieder arbeiten mit den Druckerkollegen in einem Hause, in einem Betrieb, sie fertigen zusammen ein Arbeitsprodukt und die Arbeit beider Teile ist gleichwertig. Wenn darum für das Druckgewerbe die gegebene Sachlage noch nicht durchsichtig genug war, um zu einer Entscheidung zu kommen, dann ganz selbstverständlich auch noch nicht für uns. Und da das Druckgewerbe — schon ziffernmäßig gesehen — in der Papierverarbeitung überwiegt und auch der Deutsche Buchdruckerverein als Tarifpartner am „Apl“-Vertrag beteiligt ist, konnte das Verlangen unserer Vertreter auf einen Vertragsabschluß erst nach Beendigung der Verhandlungen im Druckgewerbe kein unbilliches sein. Unsere am „Apl“-Vertrag beteiligten Unternehmer dagegen rechneten auf ein besseres Abschneiden in diesem Lohnkampf für sich, wenn sie, unbekümmert um die Entwicklung im Buchdruck, schon jetzt auf einen Abschluß drängten.

Der zweite Grund der Nervosität unserer Unternehmer lag wohl in dem Bewußtsein des Mangels an guten und ausreichenden Gründen für den von ihnen geforderten Lohnabbau von 15 Proz. Um die derzeitig grassierende „Mode“ des Lohnabbaues mitzumachen, braucht man eben eine Begründung, die hieb- und stichfest ist. Und daran fehlt es unseren Unternehmern gänzlich. Dieses Gefühl mögen sie selbst gehabt haben, was mit darin zum Ausdruck kam, daß sie den Redekampf fast ausschließlich ihrem Sprecher überließen, mit dem Erfolg, daß es mit dessen Ruhe und Ueberlegtheit ganz aus und vorbei war. Gute Gründe sind es gewiß auch nicht, wenn man auf Zuschriften anderer Unternehmervereinigungen über angeblich erfolgte

Vertragsabschlüsse mit Lohnkürzungen hereinfällt, von denen die direkt Beteiligten überhaupt nichts wissen. Solche Geschichten zeigen nur, mit welchen Mitteln von mancher Unternehmergruppe gearbeitet wird, wenn es gilt, zum Ziel zu kommen. Mehr Vorsicht und einigens Mißtrauen scheint hier am Platze zu sein.

In der Verhandlung unter der Leitung eines Unparteiischen begründete der Sprecher der Unternehmer deren Forderung auf einen 15prozentigen Lohnabbau in gleicher Weise wie in der Parteiverhandlung vom 9. Januar. Einleitend stellte er dabei die dringliche Forderung auf sofortige Entscheidung des Streitfalles auf. Dies sei um so notwendiger, als die wirtschaftliche Lage der graphischen Industrie immer schlechter werde. Die Auslandskonkurrenz mache sich immer mehr bemerkbar, ein Absatzgebiet nach dem anderen gehe verloren, andere werden strittig gemacht. Der Export hänge von den geringsten Preisdifferenzen ab, weshalb Bruchteile von Pfennigen von ausschlaggebender Bedeutung seien. Das völlige Verschwinden von Betrieben und die Zahl der Konkurse zeigten die Berechtigung eines Lohnabbaues. Der Index für die Lebenshaltungskosten stehe heute auf der gleichen Höhe wie 1925, der Lohn sei jedoch um 25 Proz. gestiegen. Obwohl also die Unternehmer das Recht hätten, einen Lohnabbau von 22 Proz. zu fordern, wollten sie sich doch mit nur 15 Proz. bescheiden. Ein Abbau verschlechtere die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gegenüber dem Tage des Abschlusses unseres jetzigen Lohnes in keiner Weise. Die Kaufkrafttheorie habe Schiffbruch erlitten, denn trotz steigender Löhne habe sich die Arbeitslosigkeit weiter bis zum jetzigen Hochstand ausgebreitet. Erneut zitierte er Stegerwald, um damit seine gute Gesellschaft in der Frage des Lohnabbaues nachzuweisen. Der „Apl“ sei seit seiner Gründung reichstarriffreundlich gewesen. Andauernde Lohnsteigerungen bedeuteten eine Sabotage des Reichstarrifs. In bezug auf den Preisabbau hätten unsere Unternehmer schon längst eine Vorleistung hinter sich. In die heutigen Verhandlungen seien die Unternehmer mit einer gewissen Steppis gegangen, da ihnen das Streben der Gewerkschaft nach Vertagung der Verhandlung bekannt sei. Das sei Theater-spielerei, doch keine Schlichtung. Er könne nicht zugeben, daß mit den Interessen der Unternehmer Schindluder getrieben werde. Vielmehr sei mit aller Schärfe zu verlangen, daß die Verhandlungen nicht mit einer Vertagung enden.

Die letzten Ausführungen des Sprechers der Unternehmer wurden durch lebhaftes Gegenkündgebungen der Mitglieder unseres Tarifausschusses unterbrochen. Seine teilweise beleidigenden

Außerungen wurden in entsprechender Weise zurückgewiesen, sie waren offensichtlich den übrigen Unternehmervertretern ebenfalls äußerst unangenehm.

Von unserem Vertreter wurde mit allem Nachdruck erklärt, daß wir nicht daran denken, uns in eine Polemik darüber einzulassen, wie der künftige Lohn für unseren Beruf auszusehen habe. Für uns komme nur eine Verlängerung des jetzigen Lohnes in Frage, auf keinen Fall ein Abbau. Er erläuterte die innige Verbindung unseres Gewerbes mit dem Buchdruck, die es bedinge, daß unser Lohn dem der Drucker angepaßt bleibe. Darum könne von einer Entscheidung für uns vor der der Drucker keine Rede sein. Sollte dies doch geschehen, dann würde alle Kampfkraft unseres Verbandes zur Anwendung kommen.

Die sich anschließenden Reden und Gegenreden wurden von beiden Seiten mit aller Leidenschaftlichkeit geführt, bei der sich der Sprecher der Unternehmer bis zum Vorwurf eines Wortbruches verstieg. Dies veranlaßte eine scharf pointierte Erklärung unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Hauelsen, daß wir selbst darüber bestimmen, wie wir die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten haben. Die Haltung des Sprechers der Unternehmer zwingt zu einer Prüfung der Frage, ob eine Verhandlung mit diesem weiterhin möglich sei.

Mit diesem Ausklang kamen die Parteiverhandlungen zum Abschluß. Unter dem Vorbehalt des Unparteiischen begannen anschließend die Verhandlungen in einer kleinen Kommission, die sich unendlich ausdehnten. Erst am Abend des zweiten Tages kam unter Mithilfe des Unparteiischen die nachstehende Vereinbarung zustande, durch die die Verhandlungen bis zum 4. Februar ausgesetzt wurden:

Vereinbarung.

Die unterzeichneten Parteien des „Api“-Vertrages treffen folgende Vereinbarung:

1. Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines neuen „Api“-Lohnvertrages werden bis zum 4. Februar 1931 ausgesetzt. An diesem Tage werden die Verhandlungen vor dem Schlichter wieder aufgenommen.
2. Der in Aussicht stehende Abschluß des Lohntarifs für das Buchdruckgewerbe soll den kommenden „Api“-Vertrag nicht präjudizieren. Es sollen für diesen vielmehr nur die Verhältnisse der vertragsschließenden Parteien die Grundlage für die Entscheidung bilden.
3. Um eine tariflose Zeit zu vermeiden, treten die festzusetzenden Lohnsätze am 15. Januar 1931 in Wirksamkeit.
4. Der Ablaufstermin des kommenden „Api“-Lohnvertrages soll mindestens 14 Tage vor dem Ablauf des Buchdruckertarifs festgesetzt werden.

Fachgruppe Briefumschlag
gez. E. Labus.

Fachgruppe Geschäftsbücher
gez. Ashelm.

Bund Deutscher Buchbinder-Jungen
gez. Dr. Christl.

Deutscher Buchdrucker-Verein
gez.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter
Deutschlands
gez. Hauelsen.

Graphischer Zentralverband
gez. Ad. Hornbach.

* * *

Mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer wurde am 23. Januar ebenfalls unter der Leitung eines vom Reichsarbeitsministerium bestellten Unparteiischen verhandelt. Der ursprünglich hierfür vorgesehene Termin konnte also — entgegen unserer Mitteilung in der letzten Nummer — doch noch eingehalten werden. Daß der Unparteiische in unseren Lohnstreitigkeiten jedesmal der gleiche ist, hat sich als sehr zweckmäßig erwiesen. Es gehört schon einige Berufserkenntnis dazu, um sich in unseren nicht gerade sehr klaren beruflich-organisatorischen Verhältnissen, die durch die Uneinheitlichkeiten der Unternehmerverbände verursacht sind, auszukennen, eine Sache, die notwendig ist, wenn nicht ein unentwirrbares Durcheinander entstehen soll.

Die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer bewegten sich in anderen Formen als die oben kurz geschilderten mit dem „Api“, wenn auch die Argumente dieser Unternehmergruppe sachlich die gleichen waren. Von den Gegenreden unserer Vertreter gilt das selbe. Der Entscheidung beizutreten, die im Streit mit dem „Api“ gefällt wurde, lehnten die Vertreter des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer ab. Nach nicht allzu langer Aussprache wurde die Weiterführung der Verhandlungen — wie üblich — in eine kleine Kommission verlegt. Das Schlussergebnis, das sich nach mehrstündiger Verhandlung ergab, war auch in diesem Falle eine Vereinbarung, durch die die Aussprache unterbrochen wurde. Die Verhandlungen sollen am 6. Februar zu Ende geführt werden. Die Vereinbarung besagt:

Die unterzeichneten Parteien treffen folgende Vereinbarung:

1. Die Verhandlungen zur Herbeiführung eines neuen Lohnabkommens werden unterbrochen. Sie finden ihre Fortsetzung spätestens am 6. Februar d. J. vor dem bestellten Schlichter und sollen an diesem Tage zu Ende geführt werden.
2. Die gegenseitige Friedenspflicht wird bis zum Abschluß des Verfahrens gewährleistet.
3. Um eine tariflose Zeit zu vermeiden, soll die kommende Lohnregelung ab 15. Januar d. J. in Wirksamkeit treten.

Berlin, den 23. Januar 1931.

Verband Deutscher Buchbinderbesitzer E. V.
gez. Dr. Zimmermann. gez. Erwin Hollmann.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter
Deutschlands
gez. W. Drehwald.

Graphischer Zentralverband
gez. Ad. Hornbach.

* * *

Mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten wurde am 27. Januar in Eisenach verhandelt. Auch hier kam es vorerst nicht zu einem Ergebnis. Die Unternehmer forderten einen Lohnabbau von 20 Prozent. Nach mehrstündiger Aussprache verständigten sich die Parteien dahin, den Streit unter Mitwirkung eines vom Reichsarbeitsministerium bestellten unparteiischen Schlichters zum Austrag zu bringen. Es soll versucht werden, möglichst im Anschluß an die Regelung der anderen beiden Streitsachen auch diese zum Abschluß zu bringen. Als Verhandlungstag ist der 9. Februar in Aussicht genommen.

Die Arbeitsdienstpflicht ist erledigt!

Seitdem die Wirtschaftskrise in den verschiedenen Ländern die ernsthaftesten Formen angenommen hat, wurde auch die Frage der Arbeitsdienstpflicht zum Tagesgespräch. Das Problem ist seither als Diskussionsobjekt nicht mehr verschwunden. Obwohl außer Rußland — das wegen seiner besonderen Verhältnisse nicht in den Rahmen diesbezüglicher Betrachtungen gehört — nur Bulgarien die Arbeitsdienstpflicht eingeführt hat und dort mit diesem System, das als „Ersatz“ für die Militärdienstpflicht gedacht ist, sehr schlechte Erfahrungen gemacht werden (besonders von Seiten der Arbeiterschaft), versuchten insbesondere gewisse Kreise in Deutschland aufs neue, die Geister durch die unbestimmte Forderung auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht von der ernsthaften und praktischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abzuhalten. Dies ist in Zukunft nicht mehr möglich. Denn es ist nun ein für allemal bewiesen, daß die Arbeitsdienstpflicht nicht nur als Arbeitsform verwerflich, sondern außerdem praktisch unwirksam ist. Würde sie eingeführt, so müßte es sich zeigen, daß sie sich gegen den Zweck richtet, den sie angeblich verfolgt.

Eine vom Reichsarbeitsministerium einberufene Konferenz, zu der u. a. auch die Spitzenverbände der Unternehmer und Arbeiter eingeladen waren, kam nach eingehenden Besprechungen zu einem eindeutig negativen Schluß. Der Referent des Arbeitsministeriums, Dr. Lehfeldt, begann seine Ausführungen damit, daß er klarlegte, was die deutschen Befürworter der Arbeitsdienstpflicht eigentlich damit erreichen wollen: Alle Befürworter haben den gleichen Ausgangspunkt, nämlich die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Fürsorge für die jüngeren Arbeiter erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeiter freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 und 2½ Jahren.

In bezug auf die praktische Durchführung sagte Lehfeldt: Schwierigkeiten entstünden hauptsächlich daraus, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zufälligen Charakters — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden könnte — geleistet werden darf, weshalb wahrscheinlich nur wenige geeignete Arbeiten zu finden sein würden. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bestehe ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden sei. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft? Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die einen ganzen Jahrgang — also rund eine Million — umfassende Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben des Unterrichts, der Arbeitsleistung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18 bis 20 Mk. ergeben würden.

Für die Gewerkschaften erklärte Genosse Graßmann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung energisch bekämpfen. Auf den gleichen Standpunkt stellten sich die Unternehmer. Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht allgemein abgelehnt werde und eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Die Konjungenoffenschaften als Steueroobjekte.

Der Reichsfinanzhof in München hat durch einige seiner Entscheidungen der konjungenoffenschaftlichen Bewegung in Deutschland schwere Stöße versetzt, insofern er entschied, daß Konjungenoffenschaften, die Waren auch an Nichtmitglieder abgeben, zur unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht heranzuziehen seien, auch dann, wenn solche Verkäufe nur in ganz geringfügigen Umfang und in belanglosen Einzelfällen stattfinden. Diese Entscheidungen bedeuten, daß bei der Heranziehung zur Körperschaftsteuer in unbeschränkter Weise zunächst 10 Proz. Kapitalertragssteuer, dann 20 Proz. Einkommensteuer vom bilanzmäßigen Ueberschuß gezahlt werden müssen. Darüber hinaus aber werden auch die Rückvergütungen der Mitglieder aus dem Warenumsatz mit 20 Proz. zur Körperschaftsteuer aus Einkommen herangezogen. Eine ganz unfaßbare Tatsache, da diese Rückvergütungen als statutarische Rechtsforderungen der Mitglieder seither von der Gesetzgebung und Rechtsprechung und den Steuerbehörden anerkannt waren und bei den privaten Rabattvereinen und im ganzen Privathandel als steuerfreie Betriebsausgabe gelten. Dies sieht aber den Reichsfinanzhof als höchstes Steuergericht der Republik nicht im geringsten an und so kann es kommen, daß bei einem auch nur geringfügigen Verstoß gegen das Verkaufsverbot für Nichtmitglieder die Konjungenoffenschaft bzw. ihre Mitglieder bis zu 30 Proz. des Ueberschusses und der Rückvergütungen zur Körperschaftlichen Kapitalertrags- und Einkommensteuer herangezogen werden können! Dazu kommt dann noch, daß die Rückvergütung der Mitglieder — neben dem gewerblichen Reinertrag — in einzelnen Ländern auch noch zur Gewerbesteuer mit mindestens 20 Proz. des Betrags herangezogen werden, so daß 50 Proz. des Wirtschaftsertrags einer Konjungenoffenschaft bzw. ihrer Mitglieder durch die Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer aufgefressen werden. Daneben sind natürlich auch noch alle übrigen Steuern zu bezahlen, die vom Privathandel gefordert werden.

Vom Reichsfinanzhof wurden die bezüglich der Rückvergütung der Mitglieder gefällten Entscheidungen u. a. damit begründet, daß es nicht angehe, den „steuerfreien Konjungenoffenschaften“ (1) den Kampf um die Nichtmitglieder als Kunden mit dem „steuerüberlasteten Privathandel“ zu erleichtern. Und von einem Rechtsgutachten des Zentralverbandes deutscher Konjungenoffenschaften über die Anwendungen wirtschaftspolitischer Tendenzen in der steuerlichen Rechtsprechung sozusagen zur Rede gestellt, betonte der Reichsfinanzhof, daß er es als zu seinen Aufgaben gehörig betrachte, bei seinen Entscheidungen auch wirtschaftspolitische Tendenzen zu beobachten, d. h. Mittelstandspolitik bei der Rechtsprechung zu treiben! Daß bei solchen Auffassungen die formalen und materiellen Rechtsnormen aufs schwerste erschüttert werden, liegt klar vor den Augen aller objektiv Denkenden. Denn mit dem Verlassen der Rechtsgrundlagen wird jeder Willkür in der Rechtsprechung Tür und Tor geöffnet.

Im übrigen haben die wirtschaftspolitischen Tendenzen auch in der Gesetzgebung den Mitgliedern der Konjungenoffenschaften schweren Schaden zugefügt. So z. B. beim Zündholzmonopolgesetz, zu dem der Reichstag beschloß, daß die Großeinzel-Gesellschaft deutscher Konjungenoffenschaften für eine Normalziffer Zündhölzer 60 Mt. Reichsabgabe zu leisten habe, während die Nettoabgabe des internationalen Kreuzer-Konzerns nur 21,50 Mt., also 38,50 Mt. weniger pro Kiste beträgt, was für die Konjungenoffenschaftsmitglieder eine Mehrleistung von 1,2 Millionen Mark pro Jahr ausmacht. Die Sonderumsatzsteuer für Konjungenoffensgenoffenschaften mit mehr als 1 Million Mark Jahresumsatz ist auch ein Ergebnis wirtschaftspolitischer Tendenzen gegen die genoffenschaftliche Selbsthilfe der Verbraucher.

Damit ist's aber noch nicht genug. Das sogenannte Steuerrahmengesetz der Brüningschen Notverordnung sieht neben der Gewerbesteuer für Konjungenoffenschaften in allen Ländern des Reiches auch noch einen

Gewerbesteuerzuschlag in Höhe von 20 Proz. für die sogenannten Filialgeschäfte vor. Dies bedeutet, daß alle Konjungenoffenschaften, die auswärtige Vertretungsstellen besitzen, mit einer erhöhten Gewerbesteuer belastet werden. Die „steuerfreien Konjungenoffenschaften“ des Reichsfinanzhofes sind und bleiben eben eine sagenhafte Erfindung von Mittelstandsrettern, deren wirtschaftspolitische Tendenzen gegenwärtig Trumpf in der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung bedeuten.

So bildet diese Steuerbilanz der Konjungenoffenschaften im Zusammenhang mit der Preisentwärtungspolitik der Regierung eines der übelsten Kapitel wirtschaftspolitischer Tendenzen in Deutschland. Und es sind ungezählte Millionen Ersparnisse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, ja hunderttausender Arbeitsloser, die auf Grund wirtschaftspolitischer Tendenzen in Gesetzgebung und Rechtsprechung dem Steuerfiskus zum Opfer fallen.

Trotzdem werden die Konjungenoffenschaftsmitglieder an ihren eigenen Unternehmungen nun erst recht festhalten.

INTERNATIONALES

Lohndruck überall:

Kriegsvorbereitungen in Dänemark.

Es handelt sich dabei natürlich um die Vorbereitung wirtschaftlicher Kämpfe. Wenn unser dänisches Bruderorgan seinen Leitartikel mit „Kriegsvorbereitungen“ überschreibt, dann geht schon daraus hervor, daß die Unternehmer auf der ganzen Linie zum Kampfe rüsten und einen Vorstoß gegen die „hohen“ Löhne unternehmen wollen. Die Ausführungen eines Vertreters der Papierwarenindustrie dürfen als Stimmungsbild für die Einstellung der Unternehmer gewertet werden können. In einer Versammlung derselben erklärte ein Vertreter der Buchbinderei, Kartonnagen- und Tütenfabrikation: „...Ich fordere unter engstem Zusammenschluß der Unternehmer eine möglichst kräftige Lohnherabsetzung für das kommende Frühjahr. Die Lohnhöhe muß energisch herabgesetzt werden, um den Anteil der Papierwarenfabrikation am Export vergrößern zu können. In meinem Fache, der Papierwarenindustrie, können wir nicht dabei bleiben, die gegenwärtige Lohnhöhe zu bezahlen; wir brauchen eine kräftige Herabsetzung im Hinblick auf die Konkurrenz der umliegenden Länder. Der gleitende Lohn wird den Arbeitern keine verminderte Kaufkraft bringen, da durch die Senkung der Unkosten auch die gesamten Lebenshaltungskosten geringer werden.“ „In den kommenden Verhandlungen werden die Unternehmer den Beweis erbringen müssen“, heißt es darauf in dem oben erwähnten Artikel, „daß der Lohn für Buchbinder und Kartonnagenarbeiter wirklich so hoch ist, daß der Fortgang der Produktion dadurch gehindert wird. Nehmen wir ein Beispiel aus der Praxis: eine Zementfabrik in Aalborg klagt über mangelnden Absatz ihrer Erzeugnisse, weil die Verhältnisse in Rußland und in Süd-Amerika zu unsicher sind. Nach der von den Unternehmern vertretenen Theorie müßte der Export von Zement wieder aufblühen, wenn die Fabrik in der Lage ist, die zum Versand nötigen Papiersäcke um einige Pfennige pro Waggon oder Schiffsladung billiger zu erhalten.“

Am 31. Dezember erhielt der dänische Verband der Tarifikündigungen der Buchbinder-Innung in Kopenhagen, der Zentral-Vereinigung der Buchbindermeister und der Kartonnagenfabrikanten der Provinz, sämtlich per 1. April 1931.

„Die Unternehmervereinigungen haben gewiß geglaubt, uns eine Neujahrsgratulation zu übersenden“, bemerkt die dänische Verbandszeitung dazu. „Wir waren ja darauf vorbereitet, daß die Tarifikündigungen kommen würde, doch die außerordentliche Pünktlichkeit, mit der die drei Kündigungen eintreffen, ist wohl ein Beweis mehr dafür, daß die Unternehmer den Krieg haben wollen und sich gut darauf vorbereitet haben. Die Tarifikündigungen sind natürlich zu dem Zwecke vor-

genommen worden, um die Löhne herabsetzen zu können und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Es wird abzuwarten sein, welche Vorschläge die Arbeitgeber für den Neuausschluß der Tarifverträge einzureichen gedenken.“

Was unsere Kollegen in Norwegen zu erwarten haben.

Das Verbandsorgan des norwegischen Verbandes der Arbeitgeber brachte anlässlich des Jahreswechsels folgende Verlautbarung:

„Alle Produktionsunkosten müssen möglichst herabgesetzt werden, damit auch die Warenpreise entsprechend der verringerten Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung herabgesetzt werden können. Die Situation ist jetzt so, daß man auf der einen Seite Vorsorge für Millionen von Arbeitslosen zu treffen hat, während auf der anderen Seite diejenigen, die in Arbeit stehen, das Recht auf Arbeit zu relativ hohen Löhnen monopolisiert haben. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Lohnhöhe für den einzelnen Arbeiter herabsetzen zu müssen, damit die Produktion verbilligt und der Verbrauch erhöht werden kann.“

Es ist nur schade, daß der norwegische Arbeitgeberverband nicht auch auf die Notwendigkeit hinweist, den Export zu erhöhen. Es wäre doch ein Schauspiel für Götter gewesen, auch von den dänischen Unternehmern zu hören: Wir müssen die Löhne herabsetzen, um den Export zu erhöhen, weil die umliegenden Länder billiger produzieren. Die fertigen Produkte sollen doch nicht nach dem Monde exportiert, sondern von lebenden Menschen konsumiert, also gekauft werden; wer aber die Waren schließlich kaufen soll, wenn alle Länder die Löhne herabsetzen, das bleibt das Geheimnis der Unternehmer. Ob diese wohl selbst an das glauben, was sie predigen: durch Lohndruck den Verbrauch steigern zu können?

Berichte.

Dortmund. Sie kennen sich noch so wenig, die vier Kinder der graphischen Familie, trotzdem sie unter die gleichen Lebensbedingungen gezwungen sind. Berufsstolz in Ehren, aber Spartengeist verankert den Horizont. Berufliche Abgeschlossenheit hindert den Ausblick in die weite Ebene des großen Geschehens rund um die Lebensfragen der Gesamtarbeiterschaft der graphischen Industrie. Auf dieser Erkenntnis baute das graphische Kartell seine Arbeit im verflochtenen Jahre auf.

Vier große Veranstaltungen sind als gesunde Aktivposten der Jahresbilanz erwähnenswert. Zum ersten ein Gesellschaftsabend. Das Volkshaus faßte nicht die Zahl der Berufsangehörigen, die teilnehmen wollten an dieser geselligen Veranstaltung. Die große Zahl der Gäste war ein willkommener Anlaß, von den Zwecken und Zielen des graphischen Kartells zu reden. Einige Wochen später folgte eine Besichtigung des arbeitsphysiologischen Instituts. Die wiederum große Zahl der Teilnehmer hatte Gelegenheit, die Mittel und Methoden moderner Arbeitsphysiologie kennen und beurteilen zu lernen. Gar mancher wird die Beobachtung gemacht haben, daß man hier versucht, mit raffiniert ausgedachten Hilfsmitteln die Leistungs- und Ertragsfähigkeit des menschlichen Körpers zu steigern und so zu einer wertvolleren Ausbeutungsquelle zu machen. Rationalisierung des Menschen! Doch wir stürmen nicht das Neue, wir wollen es uns dienstbar machen.

Dann setzte die Lohnabbaubewegung der Unternehmer ein. Das graphische Kartell zog die Betriebsräte der graphischen Industrie zu einer Besprechung zusammen, um die Verhaltensmaßnahmen durchzuberedern. Guter Besuch und gewerkschaftlicher Geist zeichnete auch diese Veranstaltung aus.

Den Höhepunkt und Schlußstein der Jahresarbeit bildete eine ebenfalls gutbesuchte Rundgebung, in der der Buchdruckerkollege Fette-Quisburg über die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer und der Regierung sprach. Diese Veranstaltung wurde zu einer glänzenden Protestkundgebung gegen alle Versuche, die Lebensbedingungen der graphischen Arbeiterschaft zu verschlechtern.

So darf das graphische Kartell den Schlußstrich ziehen unter die Arbeit des Jahres 1930. Ob man

Vor jeder Arbeitsannahme

hat sich jedes Mitglied an den jeweiligen örtlichen Bevollmächtigten zu wenden und bei diesem Informationen über die örtlichen Verhältnisse einzuholen. Wer diese selbstverständliche Pflicht versäumt, schädigt nicht nur sich selbst, sondern auch seine Arbeitskollegen

zufrieden sein darf? Wir in der Arbeiterbewegung sind nie zufrieden im eigentlichen Sinne, gilt es doch, eine Weltordnung umzubauen, die noch viele Kräfte verbrauchen wird. Aber freuen dürfen wir uns doch des Erfolges, wir brauchen diese Freude, diesen Erfolg für die weit schwierigere Arbeit des neuen Jahres.

Krefeld. Unsere am 13. Januar abgehaltene Jahresgeneralversammlung war gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß auch wir hier mit starker Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Außerdem arbeiten viele Berufsangehörige vertüzt. Daher wurden auch im verflochtenen Jahre von unserer Zahlstelle an Unterstützungen 2520 Mk. aus der Verbandskasse und 778 Mk. aus lokalen Mitteln ausgezahlt. Viele haben also die Wohltat des Verbandes kennengelernt. Der Mitgliederbestand hat sich trotz der schweren Krise, gegenüber dem Vorjahr, fast auf gleicher Höhe gehalten und beträgt zur Zeit 61 männliche und 35 weibliche. Leider ist zu verzeichnen, daß als Folge der schlechten Wirtschaftslage fast sämtliche übertariflichen Löhne abgebaut wurden. Nach den vom Kollegen Lehmann gegebenen Kassenbericht ergab sich für die Verbandskasse eine Einnahme von 1204 Mk. und eine Ausgabe von 1049 Mk. Die Vorkasse hat bei 725 Mk. Einnahme und 299 Mk. Ausgabe einen Bestand von 426 Mk. Bei der Vorstandswahl wurde an Stelle des zurückgetretenen Kollegen Kirchholtes die Kollegin Frau Dehlers als Beisitzerin gewählt. Für die übrigen Vorstandsmitglieder erfolgte Wiederwahl. Als Kassenprüfer wurden die Kollegen Schütz und Hermann Kröcker, sowie als Kartellbeauftragte die Kollegen Heinrichs, Lehmann und Hinkelmann gewählt.

Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten ermahnte der Vorsitzende in seinem Schlusswort alle, nicht trotzig in die Zukunft zu blicken, sondern fest zusammen zu halten, bei jeder Gelegenheit zu agitieren und den Vorstand in jeder Weise zu unterstützen.

Schwerin i. M. Es gibt nur wenige Bezirke unseres deutschen Vaterlandes, in denen die moderne Arbeiterbewegung mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, als im Lande des Ohjenskopfes und der Wiege und Hochburg saskhischen Denkens und Treibens. Ganz besonders spürt man diese Schwierigkeiten in den Zeiten der tiefsten wirtschaftlichen Depression, wie wir sie gegenwärtig durchmachen müssen. Da ist man immerhin schon zufrieden, wenn zu der am 17. Januar einberufenen Generalversammlung der Zahlstelle rund 50 Proz. der Mitglieder erschienen. Kollege Schilling gab den mit großem Interesse aufgenommenen Geschäftsbericht, in welchem er eingehend auf die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der Gegenwart hinwies und die Mitglieder ermahnte, treu zur Fahne zu halten. Insbesondere warnte er die Mitglieder, aus Sparankheitsgründen in einen anderen Verband überzutreten und dadurch der ganzen Rechte an die Unterstützungsrichtungen unseres Verbandes verlustig zu gehen. Die am 1. Januar 1930 vorhandenen 27 weiblichen Mitglieder sind auf 17 zusammengeschmolzen, während die männlichen — wenn auch nur um 1 — von 28 auf 29 gestiegen sind. Zu bedauern sei, daß die weiblichen Mitglieder trotz aller Ermahnungen oft nicht zu bewegen sind, den ihnen zustehenden Tariflohn zu fordern. Besonders belebend auf die Zahlstelle wirkte die im Sommer vom Kollegen Küster abgehaltene Versammlung. Da in diesem Jahre auch der Gautag des Gauces Hanfa in Schwerin abgehalten wird, ist auch durch diesen wiederum eine starke Belebung der Organisationsfähigkeit zu erwarten. Kollege Schilling ermahnte weiter die Kollegenschaft, die von der Volkshoch- und Betriebsrätschule, sowie die von der Sozialistischen Kulturgemeinschaft veranstalteten Bildungskurse mehr als bisher zu besuchen. Die an dem mündlichen Bericht sich anschließende Debatte war erfreulicherweise eine ziemlich rege und es sprachen verschiedene Kollegen dem Vorsitzenden für den guten Jahresbericht ihren Dank aus.

Hierauf gab Kollege Mahnte den Kassenbericht und es wurde ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes erfuhr nur eine Änderung bei dem Schriftführer. Als Revisoren wurden die Kollegen Schmidt und Buchenthin gewählt. Schließlich wurde noch eine sechsgliedrige Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zum Gautag erledigen soll.

Da infolge der großen Arbeitslosigkeit die freiwilligen Beiträge nicht mehr ausreichen, die Not der ausgesteuerten Mitglieder zu lindern, wurde ein Beschluß dahin gefaßt, daß die Sonderunterstützung nur alle diejenigen arbeitslosen Mitglieder erhalten sollen, die mindestens 52 Beiträge geleistet haben und von der Verbands- und Arbeitslosenunterstützung ausgenommen sind. An weibliche Mitglieder, deren Männer wöchentlich mindestens 35 Mk. verdienen, gelangt diese Beihilfe nicht zur Auszahlung.

Spremberg (M.-L.). In der am 15. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Versammlung war von 10 Kollegen und 21 Kolleginnen besucht. Kollege Noack wünschte für das neue Jahr einen besseren Besuch der Versammlungen und eine größere Anteilnahme an der Gewerkschaftsarbeit. Anschließend erstattete der Kassierer Kollege Blasche den Kassenbericht. Der Mitgliederbestand betrug 13 Kollegen und 69 Kolleginnen. Die Wiederwahl des Vorstandes erfolgte einstimmig. Das Amt eines Jugendleiters hat Kollege Belta übernommen. Kollege Noack erstattete Bericht über die Verhandlungen mit dem „Apti“. Zum Schluß wurde die Anregung gegeben, einen Himmelfahrtsausflug zu veranstalten, zu dem die Kottbusser Kollegenschaft eingeladen werden soll. Nach Beendigung der Versammlung diskutierte man über die örtlichen Verhältnisse sowie über die politische Lage.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Arbeitslosenstatistik. In den letzten Tagen ist wiederum das Material zur Arbeitslosenstatistik an alle Kassierer der Gauce und Zahlstellen versandt worden. Wir bitten daher, sowohl die Karte zur Arbeitslosenstatistik als auch die für Konjunkturberichte der größeren Werkstuben uns möglichst frühzeitig übersenden zu wollen, damit unnötige Mahnungen vermieden werden.

Für den Stand der Arbeitslosen und den Grad der Beschäftigung gilt der 31. Januar als Stichtag. Dagegen sind die Kurzarbeiter für die Woche vom 26. bis 31. Januar anzugeben.

Gleichzeitig wurden übersandt die Berichtskarten betr. der Extraausfertigung an Ausgesteuerte pro Januar. Sämtliche Berichtskarten bitten wir bis zum 5. Februar uns zu stellen zu wollen.

Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß alle diese Berichtskarten, wenn sie in Briefumschlägen uns zurückgeschickt werden, als Brief gelten und entsprechend frankiert werden müssen. In letzter Zeit häufen sich aber die Fälle, wo uns diese Berichtskarten als Druckfachen übersandt worden sind und wir sehr erheblichen Straf-

porto zahlen mußten. Wir bitten daher recht dringend, auch die postalischen Bestimmungen genauer beachten zu wollen.

* * *
Die Lokalbeiträge sind in der Zahlstelle Mainz ab Woche 5 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragsklasse	II	III	IV	V
	Pl.	Pl.	Pl.	Pl.
	20	20	35	40

Abrechnungen

vom vierten Quartal 1930 gingen weiter bis zum 27. Januar bei der Verbandskasse ein von:

Berlin 537,20 Mk., Königsberg 150,— Mk., = Brandenburg 500,— Mk., Lutzenwalde 350,— Mk., = Bielefeld 4000,— Mk., Braunschweig 2414,90 Mk., = S. heim —, = Düren 120,— Mk., Düren 400,— Mk., Duisburg-Hamborn —, = Gelsenkirchen —, = Kl. Gladbach-Rheydt —, = Hagen —, = Remscheid —, = Elberstadt 120,— Mk., = Ludwigshafen 600,— Mk., Mainz 700,— Mk., = Marburg —, = Halle 1100,— Mk., = Jena 340,— Mk., Nordhausen 150,— Mk., Sonneberg 210,— Mk., Weisfenels 300,— Mk., = Dresden 38,45 Mk., Glaucha 150,— Mk., Grimma 1205,90 Mk., = Limbach 188,17 Mk., = Nerchau 280,— Mk., = Blauen i. B. —, = Gau Bücktemberg und Baden —, = Heilbronn 2500,— Mk., Karlsruhe 53,50 Mk., Kronitz 116,70 Mk., Stuttgart —, = Schweinfurt 70,— Mk., = München 239,90 Mk.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Noch kein Abschluß unserer Lohnverhandlungen: Die Verhandlungen mit dem „Apti“ bis zum 4. Februar ausgefehlt, die mit dem VDB. bis zum 6. Februar unterbrochen. — Die Verhandlungen mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten ergebnislos!

Die Arbeitsdienstpflicht ist erledigt!

Die Konsumgenossenschaften als Steuerobjekte!

Internationales: Lohndruck überall: Kriegsvorbereitungen in Dänemark. — Was unsere Kollegen in Norwegen zu erwarten haben.

Berichte: Dortmund. — Krefeld. — Schwerin i. M. — Spremberg (M.-L.).

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Lokalbeiträge der Zahlstelle Mainz. — Abrechnungen.

Sterbetafel.

Sterbetafel.

Im Monat Januar sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden:

Berlin. Hugo Hartrampf, Buchbinder, 65 Jahre, Gasvergiftung.
— Emil Simon, Buchbinder, 69 Jahre, Gallenblafenentzündung.
— Erna Bruweleit, Kartonnagenarbeiterin, 36 Jahre (Todesursache?).
— August Keller, Buchbindereihilfsarbeiter, 69 Jahre, Arterienverkalkung.
— Wilhelm Hofmann, Buchbinder, 48 Jahre, Hirnhautblutung.
— Helene Pieper, Buchbindereiarbeiter, 59 Jahre (Todesursache?).

Frankfurt a. M. Karl Heller, Buchbinder, 67 Jahre, Schlaganfall.
Gau Helsen-Pfalz. Jakob Legron, Buchbinder, 56 Jahre, Schlaganfall.

Hanau. Ernst Säger, Buchbinder, 27 J., Darmoperation.
Karlsruhe. Karl Rupp, Buchbinder, 66 J. (Todesursache?).
Magdeburg. Wilhelm Kammel, Buchbinderinvalide, 76 Jahre, Altersschwäche.
Nürnberg. Wilhelmine Zippelius, Papierwarenarbeiterin, 37 Jahre, Lungenerleiden.
Odenburg. Wilhelm Feldmann, Buchbinder, 31 Jahre, Unglücksfall.
Stuttgart. Friedrich Sommer, Buchbinder, 52 Jahre, Herzschlag.
— Heinrich Weiff, Buchbinder, 65 Jahre, Magenkrebs.

Allen ein ehrendes Andenken!